

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Führer. 1927-1944 1933**

13 (13.1.1933) Bundschuh und Hakenkreuz

# Bundschuh und Nakenkreuz

UNSERE NATIONALSOZIALISTISCHE BAUERNBEILAGE

## Auswirkungen der Schlachtsteuer

Die Behebung der Notlage der Landwirtschaft wird nunmehr von allen Kreisen als wichtigste Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik angesehen. Es ist insbesondere die gesamte Viehhaltung, deren Existenz auf das schwerste gefährdet ist. Der Viehhaltung kommt im landwirtschaftlichen Betrieb die größte Bedeutung zu und in der Viehhaltung selbst steht die Schlachtviehproduktion an erster Stelle. Wie ungünstig die Verhältnisse heute gerade in diesem Betriebszweig liegen, zeigt der Großhandelsindex für Schlachtvieh der gegenwärtig 61,8 beträgt. Es geht daraus hervor, daß die Produktionskosten für Schlachtvieh weit über den Verkaufspreis liegen, sodaß die Produktion von Schlachtvieh zur Zeit für die Landwirtschaft ein absolutes Verlustgeschäft bedeutet. Ein großer Teil der Bestände kann aber auch zu diesen niedrigen Preisen nicht untergebracht werden, was deutlich die erheblichen Ueberstände der Schlachtviehmärkte beweisen.

Von der Reichsregierung werden stets Mittel und Wege gesucht, um den Schlachtvieh- abfall zu heben. Es sei nur hingewiesen auf die Schutzmaßnahmen, die Förderung der Ausfuhr, Stützung und Beobachtung der größeren Schlachtviehmärkte, Schaffung von landwirtschaftlichen Viehfabrikorganisationen usw. Trotzdem haben sich die Preise für sämt-

liche Schlachtviehgattungen nicht gebessert, sondern sind in den letzten Monaten noch weiter zurückgegangen.

Ganz unerwartet und ohne vorher die Berufsvertretung der Landwirtschaft zu hören, hat nun das badische Staatsministerium eine sehr starke Erhöhung der badischen Schlachtsteuer durch Notverordnung vorgenommen. Diese Verordnung trat bereits am 20. 12. 32 in Kraft.

Die neue Schlachtsteuer unterscheidet sich gegenüber der bisherigen Steuer in mancher Hinsicht. Während z. B. bei der Errechnung der früheren Steuer das Schlachtgewicht zugrundegelegt wurde, beruhen die neuen Sätze — soweit nicht bei der früheren Kopfsteuer geblieben wurde — auf dem Lebendgewicht der Tiere. Das wird dazu führen, daß künftig in der Verkauf von Schlachtvieh auch auf dem Lande mehr wie bisher nach dem Lebendgewicht erfolgt, was an sich den Bestimmungen der Landwirtschaft entspricht. Die neue Schlachtsteuerordnung bringt eine ganz verschiedene Einteilung. Die nachstehende Zusammenstellung stellt einen Vergleich der alten zur neuen Steuer dar. Es wird damit gleichzeitig versucht, die Folgen der Steuererhöhung für die Preisbildung des Schlachtviehs auf dem Lande zu zeigen:

Alte Steuer n. Schlachtgewicht		Neue Steuer n. Lebendgewicht		Belastung pro Rilo	
Schlachtgewicht kg	Steuerbetrag pro Kopf RM.	Lebendgewicht kg	Steuerbetrag pro Kopf RM.	%	%
bis 200 und Magerkühe	4.—	125—250	7.—	3,4	8,7
a) Großvieh: bis 250	6.—	250—350	10.—	3,4	7,1
über 250	11.—	350—500	16.—		
		500—600	22.—	4,2	10,0
		600—750	30.—	4,5	11,0
		über 750	38.—		
b) Kälber: überhaupt	1,50	35—50	3.—	6,6	11,0
		50—125	5.—		
c) Schweine: überhaupt	2.—	30—75	5.—	8,0	11,4
		75—125	8.—	7,6	14,0
		über 125	10.—		
d) Schafe: überhaupt	1.—	über 20	1,50		

In § 17 der neuen Verordnung wird vorgeschrieben, daß die Schlachtsteuer vom Käufer dem Verkäufer nicht abgerechnet werden darf. Diese Bestimmung geht von der Erkenntnis aus, daß der Landwirt bei dem katastrophalen Preisstand für Schlachtvieh nicht in der Lage ist, die Steuer zu übernehmen. Sie stellt aber keinen Schutz gegen die Abwälzung der Steuer auf den Landwirt dar. Jeder der die Verhältnisse im Schlachtviehverkehr einigermaßen kennt, weiß, daß es keinem Schlachtviehkäufer einfallen wird, beim Kauf einen Preis abzüglich der Schlachtsteuer zu vereinbaren. Die Gebote werden stets nach Zentner Lebendgewicht, nach Schlachtgewicht oder „überhaupt“ gemacht, ohne, daß die Schlachtsteuer auch nur erwähnt wird. Sie sind aber nach dem Inkrafttreten der neuen Schlachtsteuerverordnung entsprechend niedriger, d. h., es findet eine tatsächliche Abwälzung der Steuer auf den Landwirt statt.

Steuernotverordnung zeigt deutlich, daß eine Abwälzung der Schlachtsteuer auf den Landwirt tatsächlich bereits erfolgt ist.

In den meisten Landesteilen sind die Preise für fast alle Schlachtviehgattungen um RM. 3.— bis RM. 4.— je Zentner Lebendgewicht zurückgegangen.

Die Landwirtschaft muß daher dringend eine rasche Aufhebung der neuen Schlachtsteuernotverordnung verlangen.

### Der Bauer schreibt uns:

#### Sterzuchtförderung durch die Bad. Landwirtschaftskammer oder: wer bezahlt's? —

In den breiten Schichten der bad. Landwirtschaft merkt man ohnehin nicht viel von der Tätigkeit dieser bad. „Spitzenorganisation“ auf diesem Gebiete und die paar wenigen Artikel dringen schließlich doch nicht dahin, wo sie beachtet werden sollten. Also verliere man es auf dem Weg einer Vortragsreise durch das Land. Das Thema lautet: Neuzüchtliche Schweinezucht und Mast. Die Reise, so zeigt das „Landw. Wochenblatt“ Nr. 50 v. 10. Dezember an, begann in Bühl, Montag, 12. Dezember, 10 Uhr anschließend an den Schweinemarkt. Zweite Station Graben, Donnerstag, 15. Dezember 14.30 Uhr. In Eppingen wieder anschließend an den Schweinemarkt und am 18., dem „goldenen“ Sonntag in Tien- gen. Zur Vorjorge hatte man neben Landwirten auch deren Frauen, sowie Freunde der hochedlen Schweinezucht, besonders die landwirtschaftlichen Schulen eingeladen. Der Termin des lehrreichen Vortrags paßte mir nicht gerade, denn in unserer Gegend haben die Landwirte in dieser Zeit noch reichlich Arbeit, aber als begeisterter Züchtler wollte ich doch wenigstens der Sache einen guten Dienst tun. Meine Vermutungen bestätigten sich bald. Von den Landwirten, denen in der Hauptsache die Fütterung der Schweine obliegt, war überhaupt niemand erschienen. Außer mir war höchstens ein Schwabendubender Berufscollegen vertreten. Was den Saal füllte, waren junge Landwirtschaftslehrlinge, die zum größten Teil von einer benachbarten Winterschule abkommandiert geschlossen erschienen waren. Man fragt sich unwillkürlich, wozu dann die jungen Bauern ihre Fachschule besuchen? Lernt man denn da nicht, wie man

Schweine rationell füttert? Richtlinien für die zeitgemäße Schweinezucht zu geben, ist da nicht auch der Schulvorstand, der Landesökonomie- rat und seine Beamten mindestens ebenso gut in der Lage? — Eines vertieftere Stel- len entschieden besser, nämlich die neueren Er- fahrungen in Wissenschaft und Praxis an den rechten Mann zu bringen, weil sie die Ver- hältnisse ihres Bezirkes viel besser kennen.

Aber schließlich muß doch so ein Tierzucht- direktor 1. Klasse V. L. R. auch seine Betätig- ung haben und die Umlagen, welche die bad. Landwirte für ihre „Kammer“ aufbringen müssen, wollen doch auch verbraucht werden. Nicht zu vergessen ist auch, daß ja bald wie- der Kammerwahlen stattfinden und daß etwas getan werden muß, um die Existenzberechtigung solcher Spezialabteilungen der Kammer nachzuweisen. Alles in allem, ich weiß jetzt, wie man in Baden die Schweinezucht und -haltung fördert und bin mir sicher, daß es noch billigere und erfolgreichere Wege dazu gibt. Im übrigen aber „mehr Schwein“ zu solchen Veranstaltungen. Eberlein.

### Badische und außerbadische Preise

Die Not der Landwirtschaft schreit zum Himmel, aber keine maßgebende Stelle rührt einen Finger, um der Not zu Leibe zu rufen, es wird bloß festgestellt, ob der Patient Landwirtschaft durchhält, ist höchst unsicher.

## Die Agrarpolitik der Buttermixer

RM. 100 leicht gelang es bisher der amt- lichen Politik, die deutschen Bauern wieder an die Kette ihrer Versprechungen zu legen. Die Ernährungsminister der vergangenen 13 Jah- re vertragen alle ein „johannautes Agrar- programm“. Zur Durchführung ihrer Pläne kamen sie nie. Doch keiner unter den bisherige- ren Landwirtschaftsministern hat soviel ver- sprochen wie Herr von Braun und so wenig gehalten wie er. Von der Kontingentierung, der Feimrute des Papenkabinetts, pfeift kein ehemaliger Minister keinen Ton mehr. Damit der gepannte Druck, der auf der deutschen Agrarpolitik lastet, nicht zur Explosion kommt, hat Herr von Braun jetzt ein kleines Ventil geöffnet, um es, sobald der Druck von der Landwirtschaftsseite her nachläßt, wieder zu schließen.

Die durch die schleicherfreundliche Presse angekündigten Zölle und innerdeutschen Maß- nahmen in der Fettwirtschaft sind nicht mehr vor Weihnachten, infolge des Widerstandes des Wirtschaftsministers Warmbold, erlassen worden. Die autoritäre Praxis des Herrn Schleicher ist durch dieses Zandern schwer in Mitleid gekommen. Wenn die Reichsregie- rung durch die agrarpolitischen Angriffe der Nationalsozialisten und durch das Ultimatum des Reichslandbundes, in dem die Nationalso- zialisten die Führung haben, gezwungen war, einige ihrer Versprechungen zu verwirklichen, so tut sie es nur um den Rücktritt des Reichs- ernährungsministers anzuhalten.

Vertehrt aber wäre es, wenn das Land- volk auf die Wirkung dieser Hilfsmahnahmen allzu große Hoffnungen setzt. In erster Linie aber wollen wir daran erinnern, daß sehr wesentliche Teile aus den geplanten Notver- ordnungen gestrichen wurden.

Wo bleibt die Einfuhrsperrung für aus- ländisches Schlachtvieh? Die „Nationalsozia- listische Landpost“ hat erst vor kurzem nachge- wiesen, daß die Einfuhr von Schlachtvieh seit dem präsidialen Regime sehr stark zugenom- men hat.

Im letzten Vierteljahr haben wir eine Mehreinfuhr von 14350 Stück Rindvieh und 716 Schweinen und eine Mindereinfuhr von 9243 Stück Rindvieh und 536 Schweinen, was eine Verschlechterung unserer Handelsbilanz um 4 863 255 RM. bedeutet. Der Preiszu- sammenbruch in unserer Viehwirtschaft hat darin seine Ursache.

Wir fragen: Wo bleibt der verprochene prohibitive Zoll ab 15. Februar und die bis zum 15. 2. geltende Einfuhrkontingentierung für Rindvieh? Wenn der Reichsernährungs- minister erklären läßt, er will der zusammen- gebrochenen Milchwirtschaft helfen, weshalb hat er dann die Einfuhrsperrung bei Kasein wieder übersehen? Solange die Reichsregie- rung zuläßt, daß wir Magermilch aus Argentinien einführen, verliert sie je- den Anspruch, als landwirtschaftsfreundlich an- gesehen zu werden. Wenn jetzt anlässlich der erlassenen Teilmaßnahmen die regierungs-

Die Kunstdüngerpreise sind noch heute im Auslande für deutsche Erzeugnisse billiger als für den deutschen Bauern; alles will den sterbenden Bauern helfen ausziehen. Ein ähn- licher Fall liegt im Schreiben vor:

Die Firma „Deutsche Milchanwerke“ Dr. Gg. Ritter, Ueberlingen a. B. gab am 10. 4. 31 folgendes Rundschreiben heraus:

„An unsere verehrte Kundschaft: Infolge ver- mehrter Nachfrage haben wir uns entschlos- sen, das infolge der ostpreussischen landwirt- schaftlichen Krise aufgegebenen Waggonlager in Milhana nochmals neu aufzufüllen.

Den äußerst schwierigen Verhältnissen in der Ostprovinz voll und ganz Rechnung tragend, offerieren wir Ihnen von dieser, nächster Tage in Königsberg eintreffenden Waggonladung „Milhana“ zu untenstehenden Ausnahmes- preisen.

25 Kilo-Säcke zu RM. 11.—, 50 Kilo-Säcke zu RM. 21.— ab Lager Königsberg, gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrags mittels einliefernder Zahlkarte.

Da „Milhana“ bekanntlich das . . . Hochachtungsvoll Deutsche Milchanwerke ges. (Unterschrift)

Zur gleichen Zeit kostete uns in Ueberlin- gen das „Milhana“ 25 Kilo 17,50, 50 Kilo 34.— RM. also trotz Frachtparisis Ueberlin- gen-Königsberg über 50 Prozent mehr als in Ostpreußen.

Uns sagt dieses Beispiel, daß es offenbar auch wesentlich billiger geht, daß aber der Verkauf an die dummen Bauern auch zu einem sehr schönen Geschäftchen zu gestalten ist. Bauern habt acht! Bauer.

freundliche Presse den Bauern eine große Hilfe für die Milchwirtschaft angekündigt hat, dann müssen wir jeden Bauern aufklären, daß diese Hoffnung zu Wasser wird.

Hat doch schon die bloße Ankündigung der Verordnungen zu einem Preissturz auf dem Buttermarkt von 10 Mark pro Zentner in je- der Qualität geführt. Hält man dieser Tat- sache den Begleittext der Notverordnung ge- genüber:

„Diese Maßnahmen sollen den bäuerlichen Wirtschaften helfen, die auf das schwerste un- ter der allgemeinen Wirtschaftskrise und dem Tiefstand der Preise für die Produkte der Vieh- und Milchwirtschaft leiden.“

dann muß jeder Bauer die ganze Dürftigkeit und Wirkungslosigkeit der Braun-Verordnun- gen einsehen.

Wenn der Herr Reichskanzler glaubt mit diesen dekorativen Vorschriften die Opposition der Landwirtschaft zum Schweigen zu bringen, dann irrt er sich ganz gewaltig. Wir glauben, der soziale General hat sich in der psychologi- schen Auffassung über die Haltung des Land- volkes einer großen Täuschung hingegeben.

Die Neuregelung der Fettwirtschaft wird der Landwirtschaft statt Vorteile nur Nach- teile bringen.

1. Preisrückgang bei Vieh- und Milchzeugnis- nissen.
  2. Einen verschärften Konkurrenzkampf um den Absatz für Butter.
  3. Verteuerung der Futtermittel.
- Bevor der Nationalsozialismus das deutsche Bauerntum erfasst hatte, konnte eine Regie- rung derartige Maßnahmen als Hilfsmahnahmen für die Landwirtschaft anbieten. Seit wir da sind, Herr von Schleicher, läßt der Bauer nicht mehr mit sich spielen oder sich narzoti- sieren. Wenn die Herrn Minister nur im Rundfunk die Not der Landwirtschaft im Munde führen, die Tatsachen aber so ungeschick- sind, daß sie die Not vergrößern, dann gibt es nur Kampf, schärfsten Kampf gegen die Re- gierung Schleicher. Der Staat aus Blut und Boden kann nicht durch Radiowellen, sondern nur durch die nationalsozialistische Agrarpol- itik geschaffen werden.

Georg Reichart, Landwirt.

### Praktische Siedlungspolitik

Der unermüdlichen Arbeit der national- sozialistischen Regierung ist es nunmehr ge- lungen die unterbrochene Siedlungstätigkeit in Oldenburg weiterzuführen. Mit der Ge- winnung von Neuland für Siedlungszwecke wird sofort begonnen, die besonders wertvoll ist, da sie nicht nur Arbeit und Land schafft, die Wirtschaft belebt, sondern nach dem dor- tigen Verfahren mit geringen Mitteln und unter weitgehender Einschaltung der Siedler gearbeitet wird. Von der Deutschen Sied- lungsbank sind bereits Reichskredite für Ge- lände bewilligt worden, auf dem mehr als 100 Siedlerstellen geschaffen werden.